



Interview

»Es lohnt sich, um jeden Hektar zu kämpfen.«

Nirgends tobt der Kampf um Ackerland so wie in den neuen Bundesländern. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitteldeutschland will das nicht hinnehmen. Geschäftsführerin **Anne Neuber** erklärt im Gespräch mit Sven Prange, wie Ackerland in Bauernhand bleiben kann.



Anne Neuber ist zusammen mit Jan Brunner Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland. Dort haben sich bäuerlich arbeitende Landwirtinnen und Landwirte aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammengeschlossen.

Slow Food Magazin: Frau Neuber, hat jede Landwirtin, hat jeder Landwirt Zugang zu so viel Land, wie sie oder er braucht?

Anne Neuber: Nein, das ist absolut nicht der Fall.

Woran machen Sie das fest?

Das sieht man schon in den Statistiken: 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind im Eigentum der Betriebe, die sie bewirtschaften. 50 Prozent sind in den Händen von Privatleuten, die nicht aus der Landwirtschaft kommen und die Flächen verpachten. Zehn Prozent gehören der öffentlichen Hand, also Kommunen, Ländern oder auch Kirchengemeinden. Heißt zusammengefasst also: Bäuerinnen und Bauern müssen 60 Prozent der Flächen, auf denen sie arbeiten wollen, pachten. Die Frage, wie die Art der Verpachtung gestaltet ist, ist also für viele Betriebe existenziell. Der Zugang zu Pachtflächen entscheidet darüber, ob ein Hof wirtschaftlich arbeiten kann oder nicht.

Warum ist das problematisch?

Landwirte werden das Geld, das sie für Landkauf zahlen, in ihrem Leben nicht mehr erwirtschaften können. Und sie werden auch eine beständig steigende Pacht, die sie jährlich zahlen, irgendwann nicht mehr durch den Ertrag eines bäuerlichen Betriebs einspielen können. Es ist doch so: Wenn ich das Land besitze, muss ich als Landwirt erstmal nichts regelmäßig dafür bezahlen. Die Pacht dagegen ist jährlich fällig. Wenn sie steigt, muss der Landwirt kontinuierlich mehr ausgeben und entsprechend erwirtschaften. Da bäuerliche Betriebe immer am Rande des Auskömmlischen arbeiten, ist das dramatisch. Und Land ist eben existenziell für einen Bauernhof.

Wie erleben Sie die Entwicklung in den vergangenen Jahren?

Früher haben Bauern das Land bewirtschaftet und es gab genug davon. Der Bodenmarkt regelte sich von selbst. Diese Situation hat sich grundlegend geändert. Der Druck auf den Bodenmarkt war noch nie so groß wie heute. Erst die Finanzkrise und dann die niedrigen Zinsen haben Land immer interessanter für Investoren gemacht. Die Preise am Bodenmarkt sind in den vergangenen zehn Jahren unglaublich gestiegen – in den ostdeutschen Bundesländern gar um 300 Prozent. Und das schlägt auch auf den Pachtmarkt durch. Auch dort steigen die Preise immer weiter. Es ist derzeit nicht zu erkennen, dass diese Entwicklung stoppt.

Wie verändert das die Landwirtschaft?

Immer mehr Fläche wird von immer weniger Betrieben bewirtschaftet. Es gibt eine Konzentration des Flächenbesitzes, aber auch in der Verpachtung. Wenn man so hohe Preise bezahlen muss, sind kapitalstarke Betriebe immer im Vorteil.

Oder Investoren, die ihr Geld gar nicht mit Landwirtschaft verdienen, aber mit dem Land spekulieren möchten.

Eigentlich dürften außerlandwirtschaftliche Betriebe gar kein Landwirtschaftsland kaufen. Aber sie kaufen dann im Zweifel nicht das Land, sondern gleich den Betrieb, dem wiederum das Land gehört. Diese Share-Deals müssten verboten werden.

Welche Auswirkung hat die Entwicklung auf den ländlichen Raum?

Betriebsübergaben werden richtig schwer, vor allem kommen aber keine neuen Leute nach.



Zu den aktuellen Preisen kann man keinen neuen Betrieb in der Landwirtschaft gründen. Zudem ja auch alle anderen Kosten steigen. Die Alten ziehen meist noch durch, aber dann ist da eben kein Kind mehr, das übernehmen kann oder möchte. Dann wird meistens das Land verpachtet – und wieder ist weniger Land in Hand der eigentlichen landwirtschaftlich arbeitenden Menschen.

Welche Folgen hat das auf die Form der Landwirtschaft, die noch betrieben wird?

Es gibt den Anreiz, stark zu rationalisieren. So gibt es einen Zusammenhang zwischen der Größe eines Betriebs und der Maschinisierung. Man kann natürlich auch einen großen Betrieb kleinstrukturiert führen. Das muss man aber wirklich wollen. Meist führt Größe zu einer Landwirtschaft, die eher wie ein industrieller Prozess organisiert ist. Dadurch ist man aber nicht mehr lokal vor Ort, sondern macht das von irgendwo. Und es leiden Artenvielfalt und Resilienz der Höfe.

Wer sind die größten Konkurrenten beim Zugang zu Land?

Es gibt Flächenkonkurrenz über die Produktion für erneuerbare Energien zum Beispiel. Die Leute, die Energie produzieren, haben einfach Kapital – die stechen alle aus. Das werden wir ohne Regulierung durch den Staat nicht lösen. Aber insgesamt war die Vernichtung von Ackerland für Infrastruktur oder Industrie früher ein größeres Problem – auch wenn heute noch immer 80 Hektar Ackerland pro Tag versiegelt werden. Heute ist der Zugang zu Land der zentrale Punkt, also die beiden Fragen: Wer darf pachten und wie sind die öffentliche Ausschreibung und die Auswahl der Pächterinnen und Pächter organisiert?



Historische Senfmühle Monschau



Zwischen alten Mühlsteinen wird noch heute der Monschauer Senf handwerklich hergestellt. Die Mühle ist ein technisches Denkmal, 1882 erbaut und seitdem in Familienbesitz. Erfahren Sie bei einer **Führung** mehr über die aufregende Geschichte der **Historischen Senfmühle in Monschau**.

Im angeschlossenen **Senflädchen** können Sie die derzeit **22 verschiedenen Senfsorten** probieren. Ihren Lieblingssenf können Sie dann auch **online bestellen**.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Laufenstraße 118 · 52156 Monschau
Tel. +49 (0) 24 72/ 22 45 · www.senfmuehle.de

Bratfeuer[®]

Kochen ohne Strom & Gas



denk

+49 (0)9563 513320
www.denk-keramik.de



Warum diese Fragen?

Für alle Betriebe in Deutschland ist das Pachten von Flächen existenziell. Deshalb ist die Verpachtungspraxis so wichtig. Es geht dabei um Kriterien für die Verpachtung und um Transparenz. Ein Landwirt muss wissen, wie er an Land kommt und wenn er nicht daran kommt, warum das so ist.

Darf Boden käuflich sein?

Das ist schwierig zu sagen. Über das Eigentum entsteht ja oft ein Verantwortungsgefühl, sodass Menschen sich gut um ihren Boden kümmern. Die Frage ist eher: Wenn der Boden Grundlage für das Leben aller ist, wie kann die Gesellschaft bei seiner Verwendung auch mitreden?

...also müsste man mehr über die Gemeinnützigkeit von Landbesitz reden?

Wenn wir die zehn Prozent Flächen in öffentlichem Eigentum sehen: Da sollte man Kriterien aufstellen, nach denen die Behörden diese Flächen fair und transparent verpachten.

Sie haben als AbL Mitteldeutschland einen solchen Kriterienkatalog aufgestellt, für den Sie auch für den diesjährigen Ursula Hudson Preis nominiert waren. Was steht darin?

Etwa die Anzahl der Arbeitsplätze, die ein Betrieb schafft. Oder die Frage, ob ein Betrieb direkt vermarktet. Ein Punkt sollte auch sein, ob ein Betrieb sein Wirtschaften an die Klimaveränderungen anpasst. Wir wollen da nicht nach biologisch oder konventionell wirtschaftend unterscheiden – sondern eher die Zukunftssicherung und die Orientierung am Allgemeinwohl der Menschen vor Ort beachten. Öffentliche Verpachter sollten solche Kriterien abfragen und mit Punkten versehen. Alle Betriebe können sich dann auf so ausgeschriebenes öffentliches Land bewerben, werden anhand der Kriterien bepunktet und der mit den meisten Punkten bekommt den Zuschlag.

Auch die öffentliche Hand braucht Flächen, die einen Ertrag einspielen...

Natürlich sollten sich die Flächen auch für den öffentlichen Besitzer rechnen. Dieser sollte aber eine am ortsüblichen Preis orientierte Pacht benennen und sich nicht an Höchstpreisspekulationen beteiligen. Ich verstehe zum Beispiel die Kirche nicht. Viele Gemeinden haben immer noch

den Höchstpreis als Kriterium für die Verpachtung. Wenn der weiter ein Kriterium für den Zugang zu einem Gut bleibt, das nicht vermehrbar und nicht verzichtbar ist, werden bäuerliche Betriebe dort irgendwann gar nichts mehr anbauen können. Und öffentliche Einrichtungen haben ja auch ein Eigeninteresse: Eine Behörde sollte auch auf dem Schirm haben, wie wichtig das Land für die Leute vor Ort ist. Die meisten Menschen zieht es doch zum Spaziergang eher auf die Streuobstwiese als in die großflächig ausgeräumte Landschaft.

Der Bund besitzt über eine bundeseigene Anstalt, die BVVG, große Ländereien aus ehemaligem DDR-Vermögen. Stoßen Sie da mit Ihren Forderungen auf Gehör?

Diese Anstalt hat im Osten noch 90 000 Hektar. Die sollen laut Koalitionsvertrag an nachhaltige Betriebe vergeben werden. Da kann man richtig etwas gestalten. Und dafür setzen wir uns ein.

Dennoch: Am Ende verfügt der Staat über zehn Prozent der Landwirtschaftsflächen. Der Großteil gehört privaten Besitzern.

Es lohnt sich, um jeden Hektar zu kämpfen. Ich wäre da nicht pessimistisch, sondern würde konstruktiv sagen: Machen, was geht. Zehn Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ist unglaublich viel und ein großer Hebel. Und der Staat hat eine Vorbildfunktion. Aber klar ist auch, dass die Privatbesitzer eine Verantwortung tragen. Auch wenn man sie rechtlich nicht verpflichten kann, gibt es Möglichkeiten, auch dort transparente Vergabeprozesse einzuführen. Da wird aber von der Gesellschaft bisher wenig Druck gemacht. Da könnte man sehr viel mehr fordern.

Warum entsteht dieser Druck nicht politisch?

Wenn man sich anschaut, wie die öffentliche Hand die eigenen Flächen bisher verpachtet, wundert man sich nicht über den fehlenden politischen Druck.

Können Verbraucherinnen und Verbraucher etwas tun, um das Problem nicht noch zu verschärfen?

Der regionale Einkauf hilft sicher. Intakte Beziehungen zu Landwirtinnen und Landwirten, die meine Lebensmittel herstellen, sind wichtig. Oder der Beitritt zu einer Solidarischen Landwirtschaft.



Es gibt eine Reihe von Stiftungen und Genossenschaften, die kleinere Summen von Privatmenschen bündeln, damit Land kaufen und dieses günstig an Höfe verpachten. Ist das eine Lösung?

Ich erlebe das als große Erleichterung für viele Landwirtinnen und Landwirte. Natürlich für Existenzgründungen, aber auch für landwirtschaftliche Betriebe, die sich weiterentwickeln wollen. Das ist also ein guter Ansatz, aber er ist beschränkt. Solange es keine Form der staatlichen Regulierung auf dem Bodenmarkt bezüglich Pacht und Kauf gibt, hilft das. Aber schöner wäre es natürlich, wenn wir das nicht bräuchten, wenn Bäuerinnen und Bauern die Pacht- und Bodenpreise aus der Bewirtschaftung des Landes finanzieren könnten. ●

Auf ihrer Website hat die AbL Mitteldeutschland viel Wissenswertes zum Bodenmarkt zusammengestellt:

➔ www.abl-mitteldeutschland.de

Nominiert für den Ursula Hudson Preis 2022 (Bericht im Slow Food Magazin 4/2022)

war auch die AbL Mitteldeutschland, Link zur Preisverleihung:

➔ www.slowfood.de/uhp_2022

*Egal wohin die Reise geht,
die richtige Reiseversicherung
gehört mit ins Gepäck.*

Die passende Versicherung für Ihre Reise finden Sie unter:
www.vcd-service.de/reiseversicherungen

ökologisch
VCD Service GmbH
innovativ

